

– 40 Millionen, richtig.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Milliarden wären auch gut, sind aber nicht möglich!)

– Richtig, das kommt vielleicht beim nächsten Mal, wenn es so weitergeht.

Wir begleiten Projekte, auch solche, die eines sehr sensiblen Umgangs bedürfen. Das „**sichtbare Zeichen**“ ist für mich so ein Projekt. Es steckt gerade in den Anfängen und benötigt meiner Meinung nach eine sorgsame und sensible Begleitung. Als „sichtbares Zeichen“ soll auf der Grundlage der vom Bonner Haus der Geschichte konzipierten **Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“** eine **Dauerausstellung in Berlin** eingerichtet werden.

An dieser Stelle erlaube ich mir die persönliche Bemerkung, dass über die derzeit ins Auge gefasste Unterbringung der geplanten Dauerausstellung im Deutschlandhaus noch einmal diskutiert werden muss, und zwar sowohl im Kulturausschuss als auch im Haushaltsausschuss.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das können wir gerne prüfen!)

Dieser Standort muss meiner Meinung nach überprüft werden. Die SPD-Fraktion war immer der Auffassung, dass diese Dauerausstellung in die bestehende Museumslandschaft eingebettet werden müsse und die europäische Einbindung von zentraler Bedeutung sei.

Ich gebe Folgendes zu bedenken: Eine räumliche Nähe des „sichtbaren Zeichens“ zum Landesverband der Vertriebenen in Berlin im Deutschlandhaus könnte zu Recht den Verdacht erwecken, dass eine inhaltliche Nähe zu dem vom Bund der Vertriebenen geplanten Zentrum gegen Vertreibung geschaffen werden soll. Das widerspräche nach meiner Auffassung der Koalitionsvereinbarung. Eine deutliche Abgrenzung des „sichtbaren Zeichens“ von einem Zentrum gegen Vertreibung – sowohl räumlich als auch inhaltlich – ist – da bin ich sicher – für die SPD-Bundestagsfraktion Grundvoraussetzung für die Umsetzung dieses Projekts. Sie sehen: Es besteht noch erheblicher Diskussionsbedarf.

(Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Haben Sie denn einen Alternativvorschlag?)

Ich möchte noch ein Beispiel für den Bereich des Reformierens geben. In diesem Zusammenhang darf ich auf die **Föderalismuskommission II** eingehen. Dort arbeiten wir daran, neue, wirksamere Grenzen und **Begrenzungen der Verschuldung** zu definieren und zu vereinbaren. Wir haben uns

vorgenommen, die Finanzbeziehungen und Verwaltungsaufgaben zwischen dem Bund und den Ländern neu zu ordnen und dadurch Einsparungen zu erzielen.

Ein Bereich, in dem wir meiner Meinung nach tätig werden können und sollten, ist die Einführung einer **Bundessteuerverwaltung**.

(Beifall bei der SPD)

Während der zweiten Expertenanhörung der Föderalismuskommission II wurde deutlich, dass die Einrichtung einer solchen Bundessteuerverwaltung sehr wohl interessant ist.

Ich halte es für ein gutes und wichtiges Instrument, durch eine Bundesbehörde Steuern einzuziehen. Entscheidend ist, dass sich dann kein Land herausmogeln und auf seinem Gebiet Betriebsprüfungen vernachlässigen kann. Kein Bundesland sollte damit punkten, dass es weniger Mitarbeiter bei der Steuerverwaltung und Steuerprüfung gibt. Sie alle wissen, was das für ein fatales Signal ist. Laxes Auslegen der Steuergesetze darf nicht als Standortfaktor genutzt werden.

(Beifall bei der SPD – Jörg Tausch [SPD]: Wie in Baden-Württemberg!)

Da sage ich als Haushälterin: So nicht!

Neben den gleichen Bedingungen für die Durchführung in den Ländern, die wir durch eine Bundessteuerverwaltung schaffen könnten, gefällt mir besonders ein charmanter Gedanke: nämlich dass die **Effektivitätsgewinne**, die Mittel, die man durch Bürokratieabbau beim Einziehen von Steuern erhält – das sind ungefähr 10 Milliarden Euro –, sowohl dem überschuldeten Bund als auch den überschuldeten Ländern zugutekommen. Es gab die Überlegung, dabei auch den **Abbau von Altschulden** einzubeziehen. Alle würden davon profitieren: der Bund, die Länder und die Kommunen. Wir sollten weiterhin darüber nachdenken, ob das nicht ein Weg ist, den wir gemeinsam gehen können.

Ich hoffe und bin zuversichtlich, dass wir solche Reformen in Angriff nehmen können. Wir haben jetzt aufgrund der Haushaltssituation gute Bedingungen dafür. Wir haben ein Zeitfenster, das wir nutzen sollten. Ich hoffe, dass wir gemeinsam in diese Richtung gehen können.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**  
Das Wort hat die Kollegin Monika Grütters von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Monika Grütters (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht selbstverständlich, dass beim Kanzleramt die Kultur ressortiert. Aber daran sehen wir: Hier geht es um Grundsätzliches, um die Einsicht nämlich, dass **nationale Identität** vor allem aus dem **Kulturleben** eines Landes wächst, aus dem traditionellen Erbe übrigens ebenso wie aus der künstlerischen Avantgarde.

Diese Bundesregierung mit Bernd Neumann als Staatsminister für Kultur und Medien kann eine stolze und auch, wie es in einer Zeitung stand, fröhliche Zwischenbilanz ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Noch nie stieg der **Kulturetät** so steil an wie seiner, und noch nie hat eine Bundesregierung die Rolle der Kultur so eindrucksvoll auch im Haushalt gestärkt wie diese, lieber Steffen. Seit der Wende gab es übrigens auch keine Bundesregierung, die die kulturpolitische Rolle der Hauptstadt so souverän anerkannt hat wie die Regierung Merkel.

Der Kulturetät ist 2006 um 2,1 Prozent gestiegen, 2007 um weitere 3,5 Prozent und jetzt zum dritten Mal in Folge um 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dass darüber hinaus im zweiten Jahr seiner Amtszeit ein **nationaler Kulturinvestitionsplan** in Höhe von 400 Millionen Euro gelingen konnte, hat Bernd Neumann zu Recht staunende Bewunderung eingebracht: Vom „Wunder von Bernd“ ist die Rede,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

von Neumanns „Kampfdiplomatie“ und vom „Neumann im Glück“. Chapeau, Herr Staatsminister, dass dieses Lob auch noch vom immer nörgelnden Deutschen Kulturrat kommt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Immer nörgelnd! Das ist wohl zutreffend!)

Das ist doch ein wahrer Ritterschlag.

Ein Glück für uns ist ebenso, dass die CDU/CSU in Steffen Kampeter einen wahren Kulturfreund als Chefhaushälter hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist auch ein Gewinn für die Kultur in unserem Land, für deren Bedeutung so das Bewusstsein geschärft wird – nicht nur mit der entsprechenden Finanzierung vieler Maßnahmen, aber eben auch nicht ohne sie. Ich darf zum Beispiel daran erinnern, dass nach 30 Jahren Hängepartie endlich die UNESCO-Konvention zum Kulturgüterschutz umgesetzt sowie die Übereinkunft zur kulturellen Vielfalt vom Kabinett verabschiedet wurde. Bernd

Neumann hat – das wissen Sie – die Filmförderung und mit der EU-Fernsehrichtlinie auch die Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gestärkt sowie die Deutsche Welle nach langen Jahren der Kürzung endlich wieder angemessen finanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ist das hier eine Werbeeinblendung?)

Frau Göring-Eckardt, es ist richtig, dass Erinnerungskultur hier eine zentrale Bedeutung hat. Aber ich muss Sie korrigieren: Bei der Anhörung war es die Mehrheit der Anzuhörenden, die das Konzept der Regierung zur Fortschreibung des **Gedenkstättenkonzepts** unterstützt hat. Es geht darum, die Unterstützung der Bundesregierung für national bedeutsame Gedenkstätten der NS-Terrorherrschaft zu verstetigen, aber gleichzeitig die Aufarbeitung der SED-Diktatur in angemessener Weise zu verstärken.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Genau so war das!)

Das ist von fast allen Anzuhörenden getragen worden.

Hierzu gehört auch – Frau Merkel hat es erwähnt – das sichtbare Zeichen gegen Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Jetzt, nachdem das Konzept vorliegt, ist es Sache des Parlaments, dieses wichtige Vorhaben zum Erfolg zu führen. In diesem Zusammenhang sind auch die Anstrengungen des Kulturstaatsministers zu nennen, um in Fragen der Restitution von Kulturgut möglichst zu bundesweit einheitlichen, moralischen Maßstäben entsprechenden und transparenten Lösungen zu kommen. Die Verbesserung der Provenienzrecherche ist Voraussetzung dafür. Dafür liegt ein neues, solide finanziertes Konzept vor.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Außer zur Initiative „Ein Netz für Kinder“ oder zum NRW-Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ möchte ich als Berliner Abgeordnete – sehen Sie es mir bitte nach – Folgendes sagen: Bernd Neumann hat – dafür danke ich ihm – ein großes Herz für die **Hauptstadt**. Das Bode-Museum wurde im Oktober 2006 wiedereröffnet. Für die Errichtung des neuen Eingangsgebäudes auf der Museumsinsel sind immerhin zusätzliche Mittel in Höhe von 73 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden.

(Klaus Hagemann [SPD]: Hat das der Neumann gemacht?)

Was lange währt, wird bekanntlich endlich gut. Daher bin ich zuversichtlich, dass die

Verhandlungen des Bundes mit Berlin in Sachen Staatsoper – auch hier geht es immerhin um 200 Millionen Euro – erfolgreich zu Ende gebracht werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wenn der Senat mitmacht!)

– Wenn der Senat mitmacht.

Das Bekenntnis zur Kultur ist für uns immer auch ein Bekenntnis zu den **Wertegrundlagen** unserer Gesellschaft. Kultur ist kein dekorativer Luxus, den sich eine Gesellschaft leistet, sondern eine Vorleistung, die, so meine ich, allen zugute kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Monika Griefahn [SPD] – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Diese Regierung hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie die Bedeutung der Kultur für die Kulturnation Deutschland erkannt hat. Daher darf, wie ich meine, nicht nur die *Frankfurter Rundschau* unseren Kulturstaatsminister getrost als den „Herbstmeister der Großen Koalition“ würdigen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gute Rede!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letzte Rednerin zu diesem Einzelplan hat das Wort die Kollegin Monika Griefahn von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Monika Griefahn (SPD):**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Jahren ist es gute Tradition geworden, dass wir im Rahmen der Debatte über den Kanzlerhaushalt auch eine Kulturdebatte führen. Da der Staatsminister für Kultur und Medien im Kanzleramt residiert, kann der Kulturhaushalt in diesem Zusammenhang besprochen werden.

Der Haushalt des Kulturstaatsministers wurde schon mehrfach erwähnt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Gelobt wurde er!)

Auch vom „Wunder von Bernd“ wurde schon gesprochen. Ich möchte meiner Kollegin Merkel ausdrücklich zustimmen. Ohne das Bemühen des Staatsministers schmälern zu wollen, muss ich jedoch sagen: Die Erfolge sind eher ein Wunder des Parlamentes. Das ist unser Job, und das ist unsere Rolle.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU])

Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle ganz besonders bei den Kollegen im Haushaltsausschuss bedanken, insbesondere bei Petra Merkel. Ohne das Engagement der Haushälter im Ausschuss kann man solche Projekte nicht auf die Beine stellen. Ganz herzlichen Dank allen, die dazu beigetragen haben. Petra, ich danke dir ganz besonders für deinen Einsatz.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Geldsegen ist gut angelegt. Mit diesen Mitteln werden wichtige Investitionen finanziert, die überfällig sind. Frau Merkel hat die anstehende Sanierung der Staatsoper in Berlin, das Denkmalschutzprogramm und anderes erwähnt. In den Haushaltsberatungen war uns insbesondere die Förderung des Lepsius-Hauses in Potsdam und die Erhöhung der Mittel für das Projekt „Kulturhauptstadt Essen 2010“ wichtig. Das sind Projekte, die nicht auf der Strecke bleiben sollen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU])

Der **Denkmalschutz** ist uns ein besonderes Anliegen, weil er auch aus strukturpolitischer Sicht eine große Bedeutung hat. 2003 endete das sogenannte Dach- und Fachprogramm der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Zwar gab es im Bereich des Denkmalschutzes weiterhin Bundesfördermittel, sie hatten jedoch keine Breitenwirkung und entfalteten keine Strahlkraft. Dabei sind gerade der Denkmalschutz und die Erhaltung des kulturellen Erbes Bereiche, in denen die Länder bei aller Kulturhoheit auf die Unterstützung des Bundes angewiesen sind. Viele Gemeinden können die für die Erhaltung einer Kirche oder eines denkmalgeschützten Fachwerkhauses erforderlichen Mittel nicht aufbringen. Solche Gebäude sind aber neben den großen Leuchttürmen wie den preußischen Schlössern und Gärten wichtig, gerade für die Menschen vor Ort. Deswegen freue ich mich über dieses Programm ganz besonders.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist unser Anliegen, diesen Bereich für ganz Deutschland auszubauen. Dabei sollte man wissen, dass Denkmalpflege und Denkmalerhaltung auch zentrale Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktoren sind. In diesem Bereich sind viele **kleine und mittelständische Unternehmen** tätig, die oftmals hochgradig spezialisiert sind. Dadurch bleiben zudem